

SESSIONSBERICHT

Sommersession 2008 (26. Mai – 13. Juni)

Jon A. Fanzun, Leiter Bereich Fraktion & Politik

In der Sommersession 2008 standen verschiedene gewichtige Geschäfte auf dem Programm. Beide Räte beschäftigten sich mit der Weiterführung und Ausdehnung der Personenfreizügigkeit. Der entsprechende Bundesbeschluss wurde von beiden Räten angenommen. Die Räte konnten des Weiteren folgende wichtige Geschäfte bereinigen: IV-Zusatzfinanzierung, Verlängerung des „Ärztstopps“ sowie die Neuordnung der Pflegefinanzierung. Dagegen konnte die Legislaturplanung 2007-2011 nicht wie geplant bereinigt werden.

Der Nationalrat behandelte u. a. den Systementscheid bei der Erschöpfung im Patentrecht, zwei Rahmenkredite für die Entwicklungszusammenarbeit, das Militärgesetz und die Zivilprozessordnung. Der Ständerat beschäftigte sich u. a. mit der Gesamtschau Finöv, der Lex Koller, der Volksinitiative „für ein flexibles AHV-Alter“ sowie mit dem Rüstungsprogramm 2008.

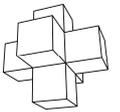
Beide Räte führten des Weiteren dringliche Debatten zu den Erdöl- und Lebensmittelpreisen durch.

1) Bilanz aus der Sicht Freisinnig-Demokratischen Fraktion (RL)

- Die Weiterführung und Ausdehnung der Personenfreizügigkeit wurde von beiden Räten verabschiedet. Dabei entschied sich das Parlament entgegen dem Willen der FDP-Fraktion dafür, dem Volk eine Vorlage zu unterbreiten;
- Der Nationalrat hat den Systementscheid im Patentrecht im Sinne der FDP-Fraktion beschlossen (bundesrätliche Lösung);
- Der Nationalrat hat im Sinne der FDP-Fraktion die beiden Rahmenkredite Entwicklungszusammenarbeit verabschiedet;
- Der Nationalrat hat entgegen dem Willen der FDP-Fraktion das Militärgesetz verabschiedet. Die FDP-Fraktion lehnte die Revision in der Gesamtabstimmung ab;
- Die FDP-Fraktion konnte in der Legislaturplanung 2008-2011 einige Akzente setzen;
- Der Ständerat hat entgegen dem Willen der FDP-Fraktion eine Motion zur Vereinfachung der Einkommenssteuern sowie zwei Vorstösse im Bereich des Bausparens abgelehnt;
- Die FDP-Fraktion hat in der Sommersession 2008 vier Fraktionsvorstösse eingereicht.

2) Geschäfte beider Räte

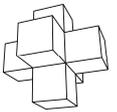
- **Weiterführung und Ausdehnung der Personenfreizügigkeit:** Die Sommersession 2008 war geprägt von einer langwierigen Debatte um die Weiterführung sowie die Ausdehnung der Personenfreizügigkeit auf Rumänien und Bulgarien. In beiden Räten dominierte dabei ein parteipolitisches Taktieren um die Frage, ob dem Volk eine gemeinsame oder zwei getrennte Vorlagen zur Abstimmung unterbreitet werden sollen. Eine inhaltliche Debatte über die



Bedeutung der bilateralen Verträge im Allgemeinen und die Personenfreizügigkeit im Besonderen kam hierbei zu kurz. Die FDP-Fraktion sprach sich in der Debatte dezidiert dafür aus, dem Stimmvolk zwei getrennte Vorlagen zu präsentieren. Der Nationalrat folgte dieser Haltung und sprach sich für zwei getrennte Vorlagen aus.

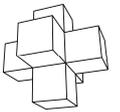
In der Einigungskonferenz setzte sich allerdings die ständerätliche Position (und damit die Haltung von SP sowie der Mehrheit der CVP/EVP/GLP und der Grünen) durch, wonach dem Volk eine Abstimmungsvorlage unterbreitet werden wird. Des Weiteren beantragte die Einigungskonferenz, dass der Bundesrat bei jeder Erweiterung der EU einen Bericht über die Erfahrungen mit den bilateralen Verträgen (insbesondere mit der Personenfreizügigkeit) und bei Bedarf Vorschläge für vertragliche Verbesserungen vorlegen muss. Der Antrag der Einigungskonferenz konnte nicht mehr verändert werden. Möglich war nur Zustimmung oder Ablehnung. Im Fall eines Neins eines Rates wäre das Geschäft gescheitert. Angesichts dieser Ausgangslage und der grossen wirtschaftlichen Bedeutung der bilateralen Verträge und der Personenfreizügigkeit für die Schweiz sprach sich die FDP-Fraktion geschlossen für die Ausdehnung und Weiterführung der Personenfreizügigkeit aus. Der entsprechende Bundesbeschluss wurde in der Schlussabstimmung vom Nationalrat mit 143 zu 40 Stimmen (bei 6 Enthaltungen) und im Ständerat mit 35 zu 2 Stimmen (bei 4 Enthaltungen) angenommen.

- **Staatsrechnung 2007 und Budgetnachtrag:** Die Staatsrechnung 2007 schliesst mit einem ordentlichen Überschuss von 4,1 Milliarden Franken (3,2 Milliarden über dem Budget) ab. Bundesrat Hans-Rudolf Merz zeigte sich über das Resultat erfreut, warnte aber vor zu grosser Euphorie und wies auf drohende Mehrbelastungen der Bundeskasse hin. Der Nationalrat hat die Staatsrechnung mit 120 gegen 41 Stimmen genehmigt. Rückweisungsanträge der SVP-Fraktion wurden deutlich abgelehnt. Im Ständerat wurde die Staatsrechnung einstimmig genehmigt. Weiter genehmigte der Ständerat einen Nachtragskredit zum Voranschlag 2008 in der Höhe von 228 Millionen Franken, der hauptsächlich auf Armee und Personal entfällt. Der Nationalrat genehmigte diesen Nachtragskredit gegen die Stimmen der SVP ebenfalls. In beiden Räten setzte sich damit die Linie der FDP-Fraktion durch.
- **IV-Zusatzfinanzierung:** Die Ausgestaltung der IV-Zusatzfinanzierung konnte in der Sommersession endlich geregelt werden. Was das Ausmass der Mehrwertsteuererhöhung angeht, buchstabierte der Ständerat gegenüber seinem früheren Beschluss etwas zurück und beschloss, den Normalsatz um 0,4% (statt 0,5%) auf 8% zu erhöhen. Der reduzierte Satz soll um 0,1% (statt 0,2%) auf 2,5% erhöht werden, währenddem der Hotellerie-Sondersatz unverändert um 0,2% auf 3,8% heraufgesetzt wird. Der Nationalrat schloss sich Haltung des Ständerates an, womit die auf eine Dauer von 7 Jahren (von 2010 bis 2016) befristete Erhöhung der Mehrwertsteuersätze zu Gunsten der IV-Finanzierung beschlossen wurde. Die Differenz bzgl. des Schuldenabbaus der IV sowie der Herauslösung des IV-Fonds aus dem AHV-Fonds konnte erst im Rahmen der Einigungskonferenz beseitigt werden: Die einmalige Starthilfe von 5 Milliarden Franken aus der AHV-Kasse soll dem IV-Fonds als Startkapital „à fonds perdu“ übertragen werden; die erwirtschafteten Erträge sind jedes Jahr dem AHV-Fonds zu überweisen. In beiden Kammern war unbestritten, dass der Druck hinsichtlich der Sanierung der IV unbedingt aufrechterhalten werden muss, weshalb der Bundesrat bis Ende 2010 eine sechste IV-Revision vorlegen muss. Dieses Element ist auch für die FDP von grosser Bedeutung. Denn es geht darum, die Bevölkerung im Hinblick auf die anstehende Volksabstimmung von der Notwendigkeit einer befristeten Mehrwertsteuererhöhung zu Gunsten der IV zu überzeugen.
- **Verlängerung des „Ärztstopps“ bis 2009:** Die Verordnung des geltenden „Ärztstopps“ ist im Juni 2008 ausgelaufen. Nachdem der Ständerat im Rahmen der KVG-Revisionsvorlage zur Vertragsfreiheit eine bis zum 31. Dezember 2010 befristete Verlängerung des Ärztstopps beschlossen hatte, lehnte der Nationalrat diese Verlängerung in der Frühjahrssession 2008 ab. Im Rahmen der



Differenzbereinigung einigten sich die beiden Kammern (im Ständerat mit 34 zu 4 Stimmen und im Nationalrat mit 134 zu 37 Stimmen) darauf, dass per 14. Juni 2008 eine Verlängerung des „Ärztstopps“ bis längstens am 31. Dezember 2009 in Kraft treten soll. Die verkürzte Frist soll für den notwendigen Druck sorgen, damit rasch eine Anschlussregelung gefunden wird und der unliberale „Ärztstopp“ aufgehoben werden kann. Die FDP-Fraktion wird sich in diesem Prozess aktiv einbringen, damit das faktische Berufsverbot für junge Ärzte schnellstmöglich durch ein System ersetzt wird, das die bestehenden Fehlanreize umkehrt, die Kostenkontrolle stärkt und zur Qualitätssicherung in der Gesundheitsversorgung beiträgt.

- **Schutz vor dem Passivrauchen:** Im Rahmen der Differenzbereinigung betreffend die gesetzliche Regelung des Schutzes vor dem Passivrauchen lenkte der Nationalrat in der Sommersession (mit 100 zu 82 Stimmen) lediglich in einem Punkt ein: beide Kammern sind sich nun einig, dass die Kantone noch strengere Vorschriften zum Schutz der Gesundheit erlassen können, so dass sich das neue Gesetz auf nationaler Ebene auf den kleinsten gemeinsamen Nenner beschränken wird. Diejenigen Kantone, deren restriktivere Gesetze bereits angenommen wurden, werden ihre Praxis somit beibehalten können. Mit 94 zu 86 Stimmen bestätigte der Nationalrat seinen früheren Beschluss, dass Bars und Restaurants als gekennzeichnete Raucherlokale betrieben werden können, wenn eine Trennung von Raucher- und Nichtraucherzonen nicht möglich ist. Der Ständerat wird sich somit erneut mit der Vorlage zu befassen haben.
- **Neuordnung der Pflegefinanzierung:** Nach langem Seilziehen wurde ein Kompromissvorschlag der Einigungskonferenz, welcher sich grundsätzlich am nationalrätlichen Konzept orientiert, gutgeheissen. Während längstens 2 Wochen nach dem Spitalaufenthalt werden die Kosten der Akut- und Übergangspflege nach demselben Schlüssel verteilt wie bei der neuen Spitalfinanzierung: die Kantone übernehmen mindestens 55% und die Krankenversicherungen höchstens 45%. Im Weiteren hat man sich darauf geeinigt, dass die Pflegebeiträge nicht automatisch an die Kostenentwicklung angepasst werden. Die Krankenversicherungen werden für die Langzeitpflege weiterhin rund 60% der Kosten tragen; die öffentliche Hand und die Versicherten teilen sich den Rest. Die Neuordnung der Pflegefinanzierung muss nun im Einklang mit der am 1.1.2009 in Kraft tretenden neuen Spitalfinanzierung umgesetzt werden.
- **Heilmittelgesetz. Teilrevision. Spitalpräparate:** Der Nationalrat genehmigte eine Änderung des Heilmittelgesetzes, womit die Versorgungsprobleme der Spitäler bei der Medikamentenbeschaffung gelöst werden sollen. Dabei stand Art. 95, Abs. 2 der Vorlage im Zentrum: gemäss Beschluss des Nationalrates sollen die kantonalen Zulassungen für Hausspezialitäten oder Nahrungsergänzungsmittel weiterhin gültig sein. Der Ständerat änderte seine ursprünglich strenge Haltung bezüglich des sogenannten „Appenzeller-Artikels“ insofern, als die besagten Produkte mit kantonalen Bewilligungen noch bis Ende 2013 zugelassen werden; der Nationalrat schwenkte in der 3. Sessionswoche auf diese Kompromisslösung ein. Bis Ende 2013 sollte es möglich sein, die zweite Etappe des Heilmittelgesetzes unter Dach und Fach zu bringen und eine adäquate Regelung für die in diesem Zusammenhang stehende parlamentarische Initiative von Marianne Kleiner (FDP/AR) zu finden.
- **Spezialfinanzierung Luftverkehr:** Mit 26 zu 13 Stimmen hat sich die kleine Kammer nun dem Bundesrat angeschlossen, der auf Verfassungsstufe nicht zwischen verschiedenen Sicherheitsaufgaben unterscheiden und nicht hoheitliche Aufgaben im Prinzip den Flughafenbetreibern überlassen will. Der Nationalrat beharrte in der Differenzbereinigung (mit den Stimmen der geschlossenen FDP-Fraktion) auf einer anderen Zweckbindung. Die Gelder sollen nach dem Willen der grossen Kammer auch für nichthoheitliche Sicherheitsaufgaben auf den Flughäfen

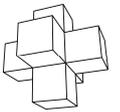


verwendet werden. Die Differenz konnte nicht mehr in der Sommersession bereinigt werden.

- **Biometrische Pässe und Reisedokumente:** Der Ständerat ist dagegen, dass Identitätskarten weiterhin ohne biometrische Daten angeboten werden. Alle Reisedokumente müssen demnach ab 2010 den Schengen-Anforderungen genügen. Der Nationalrat, der zunächst weiterhin herkömmliche Identitätskarten erlauben wollte, ist mit 117 zu 67 Stimmen auf die Linie des Ständerats eingeschwenkt. Somit müssen diese Ausweise künftig mit biometrischen Daten ausgestattet sein.
- **Geschäftsberichte 2007:** Beide Räte haben den Geschäftsbericht des Bundesgerichts sowie den Geschäftsbericht des Bundesrates genehmigt. Sowohl im National- als auch im Ständerat wurde der Bundesrat dafür kritisiert, dass er keine Departementsreform durchgeführt hat, wie dies vom Parlament ursprünglich gefordert worden war. Im Nationalrat wurde des Weiteren Bundesrätin Micheline Calmy-Rey für ihre Reise in den Iran kritisiert.
- **Dringliche Debatte in beiden Räten:** Der Ständerat und der Nationalrat führten während der Sommersession dringliche Debatten durch. Im Ständerat fand eine Aussprache über eine von Rolf Büttiker (FDP/SO) eingereichte Interpellation betreffend die Explosion der Erdölpreise statt. Der Bundesrat (in der Debatte vertreten durch Bundesrat Merz) lehnte dabei eine Änderung der Steuersätze (Mineralöl- und Mehrwertsteuer) ab. Im Nationalrat fand zwei Tage später eine dringliche Debatte über Erdöl- und Nahrungsmittelpreise statt. Die Debatte wurde hierbei von zahlreichen Freihandelsfeindlichen Voten dominiert. Die FDP-Fraktion reichte im Zusammenhang mit der Debatte eine Interpellation zum Thema „Gentechnologie und Lebensmittelkrise“ ein. Dabei wird die Ansicht vertreten, dass die Gentechnologie ein wertvoller Ansatz zur Steigerung der Produktion und damit zur Reduktion der Lebensmittelknappheit ist.

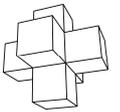
3) Nationalrat

- **Erschöpfung im Patentrecht:** Der Nationalrat hat als Erstrat den Systemscheid bei der Erschöpfung im Patentrecht behandelt. Der Nationalrat hat dabei den Entscheid der WAK-N korrigiert, welche mehrheitlich eine einseitige regionale Erschöpfung mit der EU einführen wollte. Die grosse Kammer sprach sich mit 93 zu 88 Stimmen bei 14 Enthaltungen im Sinne der FDP-Fraktion für die Lösung des Bundesrates aus. Dieser schlägt im Ergebnis eine Mischung aus nationaler und internationaler Erschöpfung vor: nationale Erschöpfung dort, wo Innovation wichtig ist und daher ein wirksamer Schutz des geistigen Eigentums notwendig ist sowie internationale Erschöpfung dort, wo die Innovation von geringer Bedeutung ist (wenn die patentierte Technologie nicht das Wesen der Ware ausmacht). Des Weiteren beinhaltet der vom Nationalrat verabschiedete Entwurf eine Beweislastumkehr. Dabei muss der Patentinhaber im Streitfall vor Gericht glaubhaft darlegen, weshalb die patentierte Technologie für die Ware wesentlich ist. Das bedeutet auch, dass das Gesetz kein staatliches Verbot von Parallelimporten beinhaltet, da die Durchsetzung durch den Patentinhaber vor Gericht notwendig ist. In der Gesamtabstimmung stimmte der Nationalrat dem Entwurf mit 104 zu 67 Stimmen zu. Dieser geht nun an den Ständerat.
- **Rahmenkredite für die Entwicklungszusammenarbeit:** Der Nationalrat hat zwei Rahmenkredite für die Entwicklungszusammenarbeit gutgeheissen (DEZA-Kredit: 4,5 Milliarden Franken; Seco-Kredit: 800 Millionen Franken). Damit folgte der Nationalrat dem Antrag des Bundesrats und der Linie der FDP-Fraktion. Die Fraktion setzte sich in der Debatte für eine effiziente und wirkungsorientierte Entwicklungszusammenarbeit ein. Des Weiteren forderte die Fraktion, dass die Motionen der GPK betreffend thematische und geografische Konzentration der Hilfe



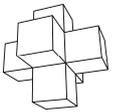
sowie betreffend strategische Führung vollständig umgesetzt werden. Der Rat lehnte in der Folge und in Übereinstimmung mit der FDP-Fraktion Anträge von SP, Grünen sowie CVP/EVP/GLP für eine Erhöhung der Kredite auf 0,5 bzw. 0,7 Prozent des Bruttoinlandkommens ab. Entgegen dem Willen der FDP-Fraktion beschloss der Nationalrat mit 144 zu 29 Stimmen, dass der Anteil der bilateralen Hilfe 40 Prozent des gesamten Rahmenkredites nicht übersteigen dürfe. Das Geschäft geht nun an die kleine Kammer.

- **Legislaturplanung:** Der Nationalrat hat sich in der Sommersession als Zweitrat mit der Legislaturplanung 2007-2011 beschäftigt; der Ständerat hatte das Geschäft in einer Sondersession behandelt. In mehrstündigen Debatten hat die grosse Kammer das Programm des Bundesrates in einigen Punkten korrigiert. Die Pole zur Linken und zur Rechten versuchten erfolglos, die Legislaturplanung in Parteiprogramme umzuschreiben. Die FDP-Fraktion setzte sich im Rahmen der Debatte insbesondere für die drei vom Parteitag beschlossenen Kernthemen ein. Dabei gelang es, in einigen Punkten Mehrheiten zu erringen (Anträge zur Stärkung des Wirtschaftsstandorts, zur steuerlichen Entlastung, zur Förderung der Forschung und zur Stärkung des Patentschutzes, zur rascheren Öffnung des Postmarktes, zur Ausdehnung der Schuldenbremse usw.). Da die Debatte im Nationalrat zeitaufwendiger war, als im Programm vorgesehen, konnte das Geschäft nicht bereinigt werden. Die Bereinigung der Differenzen wird in der Herbstsession 2008 erfolgen.
- **Revision des Militärgesetzes:** Die grosse Kammer hat der Revision des Militärgesetzes mit 115 zu 69 Stimmen zugestimmt. Die FDP-Fraktion hat die Gesetzesvorlage in der Gesamtabstimmung geschlossen abgelehnt, weil die politischen Pole die Revision inhaltlich fast vollständig ausgehöhlt haben. So lehnte der Nationalrat eine Pflicht zum Ausland-WK für Milizsoldaten ebenso ab, wie ein Obligatorium für Berufs- und Zeitmilitär, Ausbildungsdienste und Einsätze in Friedensförderungs- und Assistenzdiensten im Ausland zu leisten. Aus dem Gesetz gekippt wurden auch vorhersehbare Assistenzdienste der Armee zugunsten der zivilen Behörden, wie etwa anlässlich der Euro 08. Schliesslich entzog die Mehrheit des Nationalrats dem Bundesrat auch die Kompetenz, zivile Spezialisten des VBS (z.B. Helikoptermechaniker) zu Assistenzdiensten im Ausland zu verpflichten.
- **Zivildienstgesetz:** Der Nationalrat erachtet die Gewissensprüfung für Zivildienstwillige als überholt. In Zukunft soll der Tatbeweis genügen, einen Zivildienst mit anderthalbfacher Dauer des Militärdienstes zu leisten. Die FDP-Fraktion sprach sich für die Tatbeweislösung aus, machte in der Debatte gleichzeitig klar, dass an der allgemeinen Wehrpflicht nicht gerüttelt werden darf. Entsprechend dem Willen der FDP-Fraktion beschloss der Nationalrat, dass der Faktor auf maximal 1,8 erhöht werden kann, falls der personelle Bedarf der Armee nicht gedeckt werden kann. Das Gesetz wurde in der Gesamtabstimmung mit 152 zu 5 Stimmen angenommen.
- **Neue Zivilprozessordnung:** Der Nationalrat hat als Zweitrat mit 122 zu 28 Stimmen die Schweizerische Zivilprozessordnung (ZPO) gutgeheissen. Das vereinheitlichte Verfahrensrecht bezweckt insbesondere, Prozesse zu vermeiden und eine Einigung ausserhalb des Gerichtssaals zu ermöglichen. Als Alternative zur behördlichen Schlichtung sieht die neue ZPO die Mediation vor. Der Nationalrat sprach sich mit grosser Mehrheit für dieses Instrument aus; der Ständerat hatte dieser Neuerung lediglich mit Stichentscheid des Präsidenten beschlossen. Strittig war im Nationalrat dagegen die Stellung der Handelsgerichte. Anders als der Ständerat setzte der Nationalrat diese schliesslich als einzige kantonale Instanz für handelsrechtliche Streitigkeiten ein. Die Vorlage geht zur Differenzbereinigung zurück an die kleine Kammer.
- **Haftung auf dem Gebiet der Kernenergie:** Nach dem Ständerat hat auch der Nationalrat der Totalrevision des Kernenergie-Haftpflichtgesetzes zugestimmt. Im



Rat kam es zu einem Schlagabtausch zwischen Befürwortern und Gegnern der Kernenergie. Ein linker Rückweisungsantrag – mit dem Auftrag, die Versicherungssumme auf 500 Milliarden Franken zu erhöhen – wurde von der bürgerlichen Mehrheit deutlich abgelehnt. Rot-Grüne Anträge für eine Erhöhung der Versicherungsdeckung wurden ebenfalls abgelehnt. Die Versicherungsdeckung für Atomunfälle wurde schliesslich von 1 auf 1,8 Milliarden Franken erhöht, was der Linie der FDP-Fraktion entspricht.

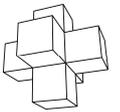
- **Energiepolitische Vorstösse:** Der Nationalrat hat mehrere Vorstösse behandelt, die sich mit den vom Bundesrat beschlossenen Aktionsplänen zur Förderung der Energieeffizienz und erneuerbaren Energien beschäftigen. Dabei wurden folgende Beschlüsse gefasst:
 - Mit 101 zu 79 Stimmen wurde eine Motion zur Erhöhung der Energieeffizienz angenommen (FDP-Fraktion: Ablehnung);
 - Mit 121 zu 54 Stimmen wurde eine Motion zur Einführung von Verbrauchsvorschriften bei Büro- und Haushaltsgeschäften, Leuchtmitteln, Elektromotoren und Haustechnikanlagen überwiesen (FDP-Fraktion: Unterstützung);
 - Mit 96 zu 88 Stimmen lehnte der Rat eine Motion zur Einführung eines Partikelfilterobligatoriums für Dieselmotoren ab. Die Mehrheit erachtete den Vorstoss als überholt, weil es neben Filtern mittlerweile auch andere Techniken zur Reduktion der Schadstoffe gibt (FDP-Fraktion: Ablehnung);
 - Mit 119 zu 60 Stimmen wurde eine Motion für einen schweizweit einheitlichen freiwilligen Gebäudeenergieausweis überwiesen (FDP-Fraktion: Annahme);
 - Mit 96 zu 84 stimmte der Rat einer Motion für eine periodisch aufdatierte Energieetikette für Elektroanlagen, Fahrzeuge und Geräte zu (FDP-Fraktion: Ablehnung);
 - Stillschweigend wurde eine Kommissionsmotion zur Produktion von Wärme aus erneuerbaren Energien angenommen.
- **Postagenturen:** Der Nationalrat hat 112 zu 65 Stimmen – und im Sinne der FDP-Fraktion – eine Kommissionsmotion zur Entwicklung des Poststellennetzes abgelehnt. Gemäss dem Vorstoss hätten alle Poststellen – auch die in Dorfläden integrierten Agenturen – sämtliche Dienstleistungen des Universaldienstes inklusive Bareinzahlungen anbieten müssen.
- **Lärmfonds:** Der Nationalrat hat in Übereinstimmung der FDP-Fraktion eine Motion abgelehnt, welche die Übernahme der Lärmfonds der Landesflughäfen durch den Bund forderte. Damit setzte sich das Argument durch, wonach finanzielle Beihilfen an die Flughäfen keine Bundesaufgabe sind, solange diese Flughäfen in die Kompetenz der Standortkantone fallen.
- **Geldwäscherei:** Der Nationalrat hat einstimmig (mit 124 Stimmen) die Anpassung des Geldwäschereigesetzes und anderer Erlasse an die revidierten Empfehlungen des Groupe d'action financière angenommen. Im Sinne der Empfehlungen des Groupe d'action financière (GAFI) erfasst das Geldwäschereigesetz fortan auch die Finanzierung des Terrorismus. Dazu kommen neue Vortaten zur Geldwäscherei wie schwerer Schmuggel, Warenfälschung und Produktpiraterie.
- **UNESCO-Konvention gegen Doping:** Mit 166 zu 2 Stimmen hat der Nationalrat die Ratifizierung der UNESCO-Konvention gegen Doping gutgeheissen. Die Konvention beruht auf einem Beschluss der Weltkonferenz gegen Doping 2003, ein internationales Übereinkommen gegen Doping zu schaffen. Dabei geht es darum, die Regierungen im Bezug auf die Doping Bekämpfung in die Pflicht zu nehmen und mit dem Doping-Programm der Welt-Anti-Doping-Agentur zu harmonisieren. Bisher



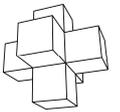
sind bereits 80 Staaten der Konvention beigetreten. Mit ihrem Beitritt bekräftigt die Schweiz ihre Bemühungen im Kampf gegen Doping.

4) Ständerat

- **Gesamtschau Finöv:** Der Ständerat sich mit der Gesamtschau über die aus dem Finöv-Fonds bezahlten Eisenbahngrossprojekte und der Vorlage für die zukünftige Entwicklung der Bahninfrastruktur (ZEB) befasst. Mit der Vorlage wird zum einen der Neat-Gesamtkredit an die neueste Kostenprognose angepasst und auf 19,1 Milliarden Franken erhöht. Zum anderen wird der im Gesetz nicht fixierte (aber dem Stimmvolk 1998 angegebene) Rahmen für den Finöv-Fonds um 1 auf 31,5 Milliarden Franken erweitert. In der kleinen Kammer war die erste vom Bundesrat beantragte ZEB-Etappe unbestritten. Diese umfasst rund 30 kleinere Projekte, die das Bahnangebot, die Anschlüsse und die Reisezeiten optimieren und auf der Ost-West-Achse die Fahrzeiten verkürzen sollen.
Die kleine Kammer hat den Bundesrat des Weiteren beauftragt, dem Parlament bis 2010 eine zweite Etappe (ZEB 2) vorzulegen und die vorerst zurückgestellten Vorhaben (Wisenbergtunnel, Brüttener Tunnel, Zimmerberg-Basistunnel, drittes Gleis Lausanne-Genf usw.) zu prüfen. Deren Kosten schätzt das Bundesamt für Verkehr auf 10 bis 12 Milliarden Franken. Der Ständerat beauftragte den Bundesrat mit 29 zu 6 Stimmen für ZEB 2 nach zusätzlichen Finanzquellen zu suchen. In diesem Zusammenhang nahm der Rat zwei Anträge von Rolf Schweiger (FDP/ZG) und Didier Burkhalter (FDP/NE) an, die bei ZEB 1 und ZEB 2 nebst Vorfinanzierungen durch die Kantone auch die Möglichkeit vorsehen, private Investoren anzuziehen.
Bei den Kreditbeschlüssen obsiegte im Ständerat die Kommissionsmehrheit. Der vom Bundesrat beantragte Kredit ZEB 1 wurde um 200 Millionen auf 5,4 Milliarden Franken aufgestockt. Die Anpassung des Neat-Gesamtkredits passierte den Rat ebenso problemlos wie die Senkung des Kredits für den Lärmschutz der Bahn von 1,854 auf 1,33 Milliarden Franken.
- **Vereinfachung der Einkommenssteuern:** Der Ständerat hat mit 21 zu 17 Stimmen und gegen den Willen der FDP eine Motion von FDP-Ständerat Hans Hess abgelehnt. Die Motion verlangt die Vereinfachung der Einkommensteuer durch die Pauschalierung oder Streichung von Abzügen. Die FDP-Deputation wehrte sich vergeblich für eine Vereinfachung des Steuersystems, da namentlich die CVP-Ständeräte gegen die Motion stimmten. Ganz vom Tisch ist das Thema allerdings nicht, da der Ständerat das Finanzdepartement beauftragt hat, mögliche Vereinfachungen im Bereich der Abzüge zu untersuchen. Bis im Frühherbst soll ein entsprechender Bericht vorliegen.
- **Bausparen:** Der Ständerat hat gegen den Willen der FDP-Fraktion zwei parlamentarische Initiativen zum Thema Bausparen verworfen. Die Initiativen verlangten, das Steuerharmonisierungsgesetz (StHG) so zu ändern, dass den Kantonen ermöglicht wird, ein steuerprivilegiertes Bausparen nach dem basellandschaftlichen Modell einzuführen. Die kleine Kammer hat des Weiteren eine freisinnige Motion von Philipp Müller (FDP/AG) mit 22 zu 15 Stimmen abgelehnt, die Steuerabzüge für energetische Sanierungen bei Altbauten verlangte. Damit hat es die kleine Kammer verpasst, Anreize für effiziente Energiesparmassnahmen im Gebäudebereich zu setzen.
- **Lex Koller:** Das Bundesgesetz, welches den Grundstücksverkauf an Ausländer beschränkt, wird vorläufig nicht aufgehoben. Der Ständerat hat äusserst knapp (mit 18 zu 18 Stimmen mit Stichentscheid des Vizepräsidenten Berset) beschlossen, die Vorlage an den Bundesrat zurückzuweisen. Die kleine Kammer folgte damit dem Beschluss des Nationalrates, der in der Frühlingssession gegen die Stimmen der FDP-Fraktion dasselbe beschlossen hatte.



- **Besteuerung von Mitarbeiterbeteiligungen:** Der Ständerat hat Differenzen beim Bundesgesetz über die Besteuerung von Mitarbeiterbeteiligungen behandelt. Bei der Höhe der Quellensteuer schwenkte die kleine Kammer auf die Linie von Bundesrat und Nationalrat ein, die sich für 11,5 Prozent statt 10 Prozent stark gemacht hatten. Umstritten war in der Debatte der Steuerrabatt auf gesperrte oder nicht-börsenkotierte Optionen. Diese sollen neu statt bei Zuteilung erst bei Ausübung besteuert werden. Darauf wird nach dem Willen der Ratsmehrheit (26 zu 13 Stimmen) ein Abzug von 10 Prozent pro Steuerjahr, höchstens aber von 50 Prozent, gewährt. Der Nationalrat hatte sich noch für einen Abzug von 6 Prozent ausgesprochen. Mit dieser Differenz geht das Geschäft zurück in den Nationalrat.
- **Emissionsabgabe:** Der Ständerat hat mit 25 zu 10 Stimmen eine Motion von alt FDP-Nationalrat Gerold Bühler überwiesen und ist damit dem Nationalrat gefolgt. Die Motion verlangt, dass die Emissionsabgabe auf Eigenkapital beseitigt wird. Gegner und Befürworter der Motion waren sich im Ständerat einig, dass es sich um eine veraltete und unzweckmässige Steuer handelt. Die Ausfälle können laut Bundesrat durch Mehreinnahmen wettgemacht werden.
- **Konsumentenschutz:** Der Ständerat hat gegen den Willen der FDP-Deputation zwei parlamentarische Initiativen der SP (Sommaruga und Bonhôte) Folge gegeben (mit 24 zu 12 bzw. 23 zu 12 Stimmen). Die Initiativen wollen die Konsumenten bei Geschäften im Internet und am Telefon besser schützen. Beide Vorstösse verlangen insbesondere ein Widerrufsrecht der Konsumenten. Eine Minderheit, der auch die FDP-Deputation angehörte, warnte vergeblich vor einer wirtschaftsfeindlichen Überregulierung. Die freisinnige Haltung, die auf die Mündigkeit der Bürgerinnen und Bürger setzt, blieb in der kleinen Kammer in der Minderheit.
- **Volksinitiative „für ein flexibles AHV-Alter“:** Nachdem der Nationalrat die vom Schweizerischen Gewerkschaftsbund eingereichte Volksinitiative, welche für Personen mit einem Jahreseinkommen unter 120'000 Franken das Anrecht auf eine ungekürzte Altersrente ab dem 62. Altersjahr fordert, in der Frühjahrssession bereits klar abgelehnt hatte, lehnte nun auch der Ständerat dieses Begehren mit 27 zu 8 Stimmen deutlich ab. Die Volksinitiative wird voraussichtlich im November 2008 zur Abstimmung gelangen und seitens der FDP bekämpft. Die Möglichkeit einer bedingungslosen Frühpensionierung für eine derart breite Bevölkerungsschicht würde nicht nur falsche Anreize setzen, sondern auch die langfristige Finanzierung unserer Altersvorsorge in der 1. Säule gefährden.
- **Unverjährbarkeit pornografischer Straftaten:** Der Ständerat hat die Volksinitiative für die Unverjährbarkeit pornografischer Straftaten an Kindern einstimmig (mit 35 Stimmen) abgelehnt. Er folgte damit dem Nationalrat, der die Initiative in der Frühlingssession ebenfalls abgelehnt hatte (mit 137 zu 40 Stimmen). Stattdessen stimmte der Ständerat einem indirekten Gegenvorschlag zu, der eine Verlängerung der Verjährungsfrist bei pornografischen Straftaten an Jugendlichen vorsieht. Der Ständerat lehnte des Weiteren einen Vorstoss der CVP (Darbellay) ab, der verurteilte Pädophile ein zehnjähriges Berufsverbot für die Arbeit mit Kindern auferlegen wollte. Der Vorstoss wurde im Ständerat von niemandem unterstützt.
- **Aussenwirtschaftsbericht 2007:** Der Aussenwirtschaftsbericht erntete im Ständerat – auch von Seiten der FDP-Deputation – viel Lob. Der Ständerat hat als Zweitrat die zum Bericht gehörenden Bundesbeschlüsse genehmigt. Sie betreffen das Freihandelsabkommen mit Syrien und Kenia, die Ausdehnung des bestehenden Agrarabkommens mit der EU auf Bulgarien und Rumänien, zolltarifarisches Massnahmen sowie die Beseitigung von Zöllen auf 1290 pharmazeutischen Stoffen im Rahmen der WTO-Verpflichtungen der Schweiz.
- **Rüstungsprogramm 2008:** Das diesjährige Rüstungsprogramm hat einen Umfang von 917 Millionen Franken. Davon sind 404 Millionen für die technische

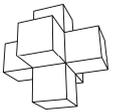


Modernisierung der Kampflugzeuge F/A-18 vorgesehen. Als Erstrat hat der Ständerat das Rüstungsprogramm 2008 einstimmig gutgeheissen. Die Vorlage geht nun an den Nationalrat.

- **Auslandeinsätze der Armee:** Der Ständerat hat als Zweitrat der Verlängerung des Swisscoy-Einsatzes in Kosovo bis 2011 einstimmig zugestimmt. Das Kontingent zählt 220 Personen. Der Bundesrat erhält neu die Kompetenz, den Bestand bei Bedarf vorübergehend um 50 Personen aufzustocken. Der Ständerat hat des Weiteren den Bericht zur Überprüfung der Zielsetzungen der Armee zur Kenntnis genommen. Entgegen dem Willen des Bundesrates beharrte die kleine Kammer auf dem Auftrag, bis 2010 eine Verdoppelung der Kapazitäten für friedenserhaltende Auslandeinsätze auf 500 Personen vorzubereiten. Auf Antrag von Didier Burkhalter (FDP/NE) hat der Ständerat eine entsprechende Motion aufrechterhalten.
- **Internet-Kriminalität:** Der Ständerat will eine nationale Strategie zur Bekämpfung der Internetkriminalität. Er hat eine entsprechende Motion von Didier Burkhalter (FDP/NE) einstimmig und gegen den Willen des Bundesrates angenommen. Die damit geforderte nationale Strategie soll insbesondere Massnahmen gegen Spionage, gegen das unbefugte Beschaffen und Missbrauchen von Daten sowie gegen terroristische Angriffe enthalten.
- **Taser-Einsatz:** Die kleine Kammer hat ohne Opposition ein Postulat von Dick Marty (FDP/TI) angenommen, das den Bundesrat beauftragt, eine vertiefte Studie zu Gefahren und Nutzen des Einsatzes von "Elektroschockgeräten" (Tasern) zu erstellen. Der Vorstoss steht im Zusammenhang mit dem vom Parlament beschlossenen Zwangsangwendungsgesetz, das den Einsatz solcher Geräte vorsieht.
- **Zusammenlegung der Nachrichtendienste:** Die Zusammenlegung der zivilen Nachrichtendienste unter einem Dach wird gesetzlich geregelt. Der Ständerat hat einen entsprechenden Entwurf der Geschäftsprüfungskommission einstimmig gutgeheissen. Damit soll die Zusammenarbeit zwischen dem in- und dem ausländischen Nachrichtendienst (also zwischen dem Dienst für Analyse und Prävention sowie dem Strategischen Nachrichtendienst) verbessert werden.
- **FRONTEX:** Der Ständerat hat als Erstrat die Anpassung des Zollgesetzes einstimmig genehmigt, damit die Schweiz der EU beim Schutz der Schengen-Aussengrenzen mit Grenzwächtern aushelfen kann (Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstandes, FRONTEX). Wie Kommissionssprecher Hans Altherr (FDP/AR) ausführte, geht es um den Einsatz von zwei bis drei schweizerischen Grenzwächtern. Das Geschäft geht an den Nationalrat.
- **Massnahmen gegen Zwangsheiraten:** Der Bundesrat hat vom Ständerat den Auftrag erhalten, den Kampf gegen Zwangsheiraten unverzüglich zu intensivieren. Die kleine Kammer hiess eine vom Nationalrat modifizierte freisinnige Motion (von alt Ständerätin Heberlein) gut, die von der Landesregierung eine umfassendes Konzept zur Verhinderung von erzwungenen Heiraten fordert.
- **Bekämpfung von Gewalt an Sportanlässen:** Der Ständerat hat mit 29 zu 0 Stimmen eine vorsorgliche Verfassungsgrundlage und mit 31 zu 0 Stimmen eine Gesetzesänderung zur Bekämpfung von Gewalt an Sportanlässen gutgeheissen. Das Geschäft geht nun an den Nationalrat. Die Gesetzesänderungen sollen 2010 in Kraft treten.

5) Vorstösse der Freisinnig-Demokratischen Fraktion (RL)

- **Strafrecht:** Die FDP-Fraktion (Sprecher: Christian Luscher) verlangt mit einer parlamentarischen Initiative, dass der Allgemeine Teil des Strafgesetzbuches revidiert wird. Die vor kurzem eingeführten Geldstrafen haben sich nicht bewährt.



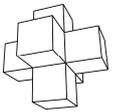
Insbesondere der bedingte Strafvollzug führt dazu, dass diese Strafart kaum Nutzen zeigt. Die entsprechenden Normen müssen angepasst werden.

- **Gentechnologie:** Die FDP-Fraktion (Sprecherin Martine Brunschwig Graf) hat zwei Interpellationen zur Gentechnologie eingereicht. In der ersten Interpellation ersucht die Fraktion den Bundesrat, zum Themenkreis „Gentechnologie und Lebensmittelkrise“ Stellung zu nehmen. Die Fraktion ist der Ansicht, dass Gentechnologie ein wertvoller Ansatz zur Lösung der Lebensmittelkrise sein kann. Der zweite Vorstoss betrifft den Aspekt der Gentech-Forschung. Der Bundesrat hat entschieden, das Gentech-Moratorium in der Schweiz zu verlängern. Die FDP-Fraktion ist diesbezüglich der Ansicht, dass das Moratorium dem Forschungsstandort Schweiz schadet.
- **Ausländische Akademiker:** In der Schweiz herrscht Mangel an gewissen Akademikern, va. an Ingenieuren. Daher fordert die FDP-Fraktion (Sprecher: Johann Schneider-Ammann) mit einer Motion den Bundesrat auf, Hochschulabsolventen aus Nicht-EU-/EFTA-Ländern, die nach dem Studium in der Schweiz arbeiten möchten, erleichterte Arbeitsbewilligungen auszustellen. Nur so erhalten die betreffenden Personen die Möglichkeit, in der Schweiz eine geeignete Stelle zu finden; und nur so kann die Schweiz aus der Investition in die Ausbildung dieser Personen direkt einen Nutzen ziehen.

6) Schlussabstimmungen

Das Parlament hat folgende 23 Vorlagen in den Schlussabstimmungen verabschiedet:

- mit 143:40 bei 6 Enthaltungen (Nationalrat) und 35:2 bei 4 Enthaltungen (Ständerat) den Bundesbeschluss zur Verlängerung des Freizügigkeitsabkommens mit der EU und dessen Ausdehnung auf Bulgarien und Rumänien;
- mit 127:61 bei 2 Enthaltungen und 32:7 bei 3 Enthaltungen den Bundesbeschluss, der Volk und Ständen die Ablehnung der Volksinitiative „für ein flexibles AHV-Alter“ empfiehlt;
- mit 163:19 bei 5 Enthaltungen und 41:0 den Bundesbeschluss, der Volk und Ständen die Ablehnung der Volksinitiative „für die Unverjährbarkeit pornografischer Straftaten an Kindern“ empfiehlt;
- mit 190:0 und 41:0 die Verlängerung der Verfolgungsverjährung für schwere Straftaten an Kindern im Strafgesetzbuch;
- mit 126:58 bei 4 Enthaltungen und 39:2 die Verfassungsvorlage zur Erhöhung der Mehrwertsteuer zugunsten der IV in den Jahren 2010 bis 2016 (IV-Zusatzfinanzierung);
- mit 133:57 und 41:0 das Bundesgesetz über die Sanierung der IV, mit der ein eigenständiger IV- Fonds geschaffen wird (IV-Zusatzfinanzierung);
- mit 168:12 bei 4 Enthaltungen und 39:0 bei 1 Enthaltung die Verlängerung des am 3. Juli auslaufenden Ärztezulassungsstopps bis Ende 2009;
- mit 126:55 bei 7 Enthaltungen und 33:8 bei 1 Enthaltung die Neuordnung der Pflegefinanzierung;
- mit 190:0 und 41:0 die Teilrevision des Heilmittelgesetzes im Bereich der Spitalpräparate;
- mit 128:58 bei 4 Enthaltungen und 33:1 bei 7 Enthaltungen das Bundesgesetz über die polizeilichen Informationssysteme des Bundes;
- mit 125:37 bei 25 Enthaltungen und 30:2 bei 9 Enthaltungen den Bundesbeschluss über die Genehmigung von Übereinkommen zur Kernenergiehaftung und die dazugehörige Totalrevision des Kernenergiehaftpflichtgesetzes;



- mit 94:81 bei 12 Enthaltungen und 36:2 bei 3 Enthaltungen den Bundesbeschluss über biometrische Pässe und Reisedokumente;
- mit 148:22 bei 20 Enthaltungen und 40:0 bei 1 Enthaltung den Bundesbeschluss zur Übernahme des Schengener Grenzkodexes;
- mit 148:35 bei 4 Enthaltungen und 39:0 bei 2 Enthaltungen den Bundesbeschluss zur Übernahme der angepassten Rechtsgrundlagen für das Schengener Informationssystem;
- mit 179:5 bei 6 Enthaltungen und 41:0 das Bundesgesetz zur Weiterführung der Zusammenarbeit mit internationalen Kriegsverbrechertribunalen;
- mit 189:0 bei 1 Enthaltung und 41:0 den Bundesbeschluss zum Internationalen Abkommen zur Bekämpfung nuklearterroristischer Handlungen;
- mit 188:0 bei 2 Enthaltungen und 41:0 den Bundesbeschluss zum geänderten Übereinkommen über den physischen Schutz von Kernmaterial;
- mit 189:0 und 41:0 den Bundesbeschluss zu einem Änderungsprotokoll zum Übereinkommen zur Bekämpfung widerrechtlicher Handlungen gegen die Sicherheit der Seeschifffahrt;
- mit 189:0 und 41:0 den Bundesbeschluss zu einem Änderungsprotokoll zum Übereinkommen zur Bekämpfung widerrechtlicher Handlungen gegen die Sicherheit fester Plattformen auf See;
- mit 183:5 bei 2 Enthaltungen und 41:0 den Bundesbeschluss über die Genehmigung der UNESCO-Konvention gegen Doping im Sport;
- mit 189:0 und 41:0 den Bundesbeschluss zur Genehmigung des Abkommens zwischen der Schweiz und Liechtenstein betreffend die Direktversicherung;
- mit 190:0 und 41:0 der Bundesbeschluss zur Änderung der WTO-Verpflichtungsliste Schweiz-Liechtenstein im Bereich pharmazeutischer Stoffe.

Die beiden Volksinitiativen sowie die Erhöhung der Mehrwertsteuer für die IV müssen Volk und Ständen unterbreitet werden. Die übrigen Vorlagen unterstehen dem fakultativen Referendum. Die Verlängerung des Ärztstopps wurde dringlich erklärt und tritt sofort in Kraft.